



LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
218 · Ausgabe BL·BS · Mai 2025



Wir wollen nicht nur ein Fussballfest, sondern auch Gleichstellung im Sport

Diesen Sommer steht mit der Fussballeuropameisterschaft der grösste Sportanlass der Schweiz seit der EM der Männer 2008 an. Das Eröffnungs- und auch das Finalspiel werden – neben weiteren – im Joggeli gespielt. Basel möchte sich auch rund um das Fussballstadion als gute Gastgeberin zeigen: Geplant sind Fanzonen, Fanmärsche und Publicviewings. Für die Fans und Gäste wird also grosser Einsatz geleistet. Gleichzeitig dürfte die Unterstützung für die Sportlerinnen in der Region durchaus grösser sein.



Melanie Eberhard,
Grossrätin



Miriam Locher,
Landrätin

Frauen im Aufschwung, Sportplätze im Rückstand

Sowohl in der Stadt als auch in der Landschaft ist die Sportinfrastruktur begrenzt, was regelmässig dazu führt, dass für die Fussball spielenden Mädchen und Frauen die Rasenfläche für das Training fehlt oder ihre Fussballspiele zu Randzeiten stattfinden. In beiden Kantonen haben wir deshalb Motionen eingereicht mit dem Ziel, dass die Infrastruktur ausgebaut wird und die vielen fussballbegeisterten Mädchen und Frauen auch tatsächlich Plätze erhalten, um spielen

zu können. Denn bereits in den letzten sechs Jahren hat sich die Anzahl der Mädchen-teams im Baselbiet versechsfacht, und der Stadtkanton strebt eine Verdoppelung der registrierten Fussballerinnen bis 2027 an. Das Interesse der Frauen und Mädchen ist also da, jetzt braucht es die Infrastruktur, damit sie in Zukunft genauso selbstverständlich auf den Fussballplätzen unserer Region kicken können wie ihre Brüder und Väter.

Strukturen im Sport verändern, Gleichstellung fördern

Neben den nötigen zusätzlichen Sportflächen und Garderoben für Mädchen und Frauen braucht es aber noch viel mehr, um Gleichstellung im Fussball, aber auch im Sport allgemein zu erreichen. In den Sportvereinen, -verbänden und -organisationen sind Frauen selten vertreten und damit auch ihre Anliegen. Sie erhalten weniger Förderung, Anerkennung und Unterstützung, und leider werden noch immer viel zu oft Fälle von Mobbing und Diskriminierung publik.

Damit Mädchen und Frauen in Zukunft allen Sportarten, die ihnen Freude bereiten, nachgehen können, braucht es Strukturen, die gleiche Chancen bieten und vor Machtmissbrauch schützen. In Basel-Stadt haben wir deshalb einen Anzug für Gleichstellung und Schutz der persönlichen Integrität im Sport eingereicht. Auf dass der Sport auch für die Frauen ein Ort der Gemeinschaft, von Spiel und Spass wird.

Die nun vor der Tür stehende Fussballeuropameisterinnenschaft ist ein Fest der Frauen im Sport. Sie wird zeigen, wie technisch versiert, kämpferisch und spannend der Frauenfussball ist. Sie wird auch zeigen, wie sich unsere Region als gute Gastgeberin präsentiert, und sie wird hoffentlich zum Startschuss für mehr Gleichstellung auf den Sportplätzen und in den Sporthallen unserer Region.

GLEICHSTELLUNG IM SPORT

Nationalrätin Tamara Funicello
kommt nach Basel zum Gespräch
mit Gäst:innen.

Wann: 21. Juni 2025, 18 Uhr
Wo: Didi Offensiv (Erasmusplatz)



Im Dezember 2023 wurde Martin Leschhorn (Mitte) zum Vizepräsidenten gewählt. Seitdem flankierten er und Marcel Colomb Lisa Mathys als Präsidentin der SP Basel-Stadt.

Danke für vier Jahre volles Engagement!



Mustafa Atici,
Regierungsrat

Liebe Lisa

Ich habe mich in den letzten Jahren immer mal wieder gefragt: Wo findet sie eigentlich ihre Kraft? Wie kann sie das alles leisten – mit so viel Herzblut? Wie schafft Lisa das nur alles? Liebe Lisa, du hast in den letzten vier Jahren als Präsidentin unserer Partei enorm viel gearbeitet, viel unsichtbare Hintergrundarbeit geleistet, Verantwortung übernommen, geschickt delegiert, an vielen Fronten gleichzeitig gekämpft, dabei immer die Übersicht gewahrt, die Fäden zusammengehalten und wenn nötig die Wogen geglättet. Du hast

Grossartiges für die Partei geleistet. Du hast dich dabei aber nie verbogen. Du hast die dir wichtigen inhaltlichen Akzente gesetzt und bist immer authentisch geblieben.

Die Aufgabe, die grösste Basler Partei zu führen, ist anspruchsvoll. Da gilt es unendlich viele Sitzungen zu leiten, eine grosse Zahl an politischen Themen auf dem Radar



Präsidiumskandidatur als Team 2021: (v.l.n.r.) Stefan Wittlin, Lisa Mathys, Jessica Brandenburger und Marcel Colomb.

zu halten und eine stattliche Organisation zu führen – mit feinverzweigten Strukturen und einer immer grösseren Anzahl Mitglieder. Du Lisa, hast diese Aufgabe mit einer Selbstverständlichkeit wahrgenommen, wie wenn du das schon einmal erlebt hättest. Du hattest immer die Partei als Ganzes im Blick, du hast konsequent versucht, auch die Sicht der Mitglieder einzubringen, und du hast dafür gesorgt, dass wir als Partei am gleichen Strick ziehen – trotz manchmal unterschiedlichen Sichtweisen.

Führungsarbeit ist immer auch Teamarbeit. Wenn ich dich jetzt so hervorhebe, dann mache ich das im Wissen, dass dir zwei kompetente und tatkräftige Vizepräsidenten zur Seite standen. Marcel Colomb und Martin Leschhorn haben dir einen guten Teil der Aufgaben abgenommen, sie trugen die präsidentiale Verantwortung auch auf ihren Schultern, und bei schwierigen Entscheidungen waren sie dir ein wichtiges Gegenüber. Zusammen wart ihr ein Top-Team, dem es mit seiner integrativen und offenen Art hervorragend gelungen ist, unsere manchmal herausfordernde Partei zu führen.

Jetzt möchte ich noch etwas persönlicher werden. Ich habe dich, Lisa, vor allem in den letzten zwei Jahren erlebt, im Nationalratswahlkampf, im Team für die Bundesratswahl von Beat Jans und dann im Wahlkampf um die Ersatzwahl in den Regierungsrat. Dabei ist mir aufgefallen, wie viel Vertrauen du als Präsidentin deinem Team schenkst, wie viel Vertrauen du auch mir geschenkt hast. Als es im vorletzten Winter darum ging, den Regierungsratssitz von Beat zu verteidigen,

da war ich anfänglich noch etwas unsicher, ob ich gleich nach meiner Niederlage in den Nationalratswahlen wieder zu einer Wahl antreten soll. In diesem Moment warst du die entscheidende Person, die mir den Rücken gestärkt und das nötige Vertrauen gegeben hat, um diese Herausforderung anzunehmen. Ganz herzlichen Dank dafür!

Es ist noch keine Parteipräsidentin und kein Parteipräsident vom Himmel gefallen. Diese Rolle will gelernt sein. Ich habe den Eindruck, dass du dich im Laufe deiner Amtszeit, deiner Präsidiums-Lehrzeit, enorm entwickelt hast. Du hast mit einer grossen Leichtigkeit und sehr schnell eine Souveränität und eine Weitsicht entwickelt, die mich beeindruckt haben. Je grösser die Herausforderungen wurden, je schwieriger die Situation war, desto mehr bist du zu Hochform aufgelaufen. Ich bin überzeugt, dass du von diesen reichen und intensiven Erfahrungen auf deinem weiteren Lebensweg profitieren wirst, dass du auch in Zukunft grosse Aufgaben bestens meistern kannst und dass das politische Basel auf jeden Fall weiter mit dir rechnen muss – rechnen darf.

Ich danke dir von Herzen für alles und wünsche dir, dass du in den nächsten Monaten etwas durchschnaufen kannst. Gleichzeitig freue ich mich darauf, mit dir als Grossrätin weiterhin zusammenzuarbeiten. Bis bald. Und noch etwas: Bitte überbringe deinen beiden Vizes, Martin und Marcel, meinen ganz herzlichen Dank. Ich habe grossen Respekt vor ihrem Engagement.

Herzlicher Gruss
Dein Mustafa



Sarah Brefin

2023 kandidierte Lisa Mathys (rechts) auf der SP-Liste 5 für den Nationalrat, zusammen mit Christian von Wartburg (links) sowie den beiden bisherigen Sarah Wyss und Mustafa Atici.

ABSTIMMUNGSPAROLEN DER SP BASELSTADT FÜR DEN 18. MAI 2025

Veloinitiative und Gegenvorschlag:
2 x Ja
Stichfrage:
Gegenvorschlag



Basler Standortpaket: Ja





Bilder: Markus Christen

Starke und friedliche Demo bei schönstem Wetter am 1. Mai 2025, mit SP-Grossrätin Maria Iona Schäfer, die zur Entwicklung der Arbeiter:innenbewegung sprach.

Solidarität statt Hetze – gemeinsam stark!

SP-Grossrätin Maria Iona Schäfer sprach am 1. Mai 2025 auf dem Barfi. Wie sie das diesjährige Motto eingeordnet hat, könnt ihr hier nachlesen.

*Liebe Freund:innen,
Genoss:innen, Kolleg:innen*

Heute, am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, dem historisch wichtigsten Tag der Arbeiter:innenbewegung, stehen wir wieder auf der Strasse und folgen den Fussstapfen unserer Vorgänger:innen.

1875 legten die Bergbauarbeitenden am Gotthard ihre Arbeit nieder, um gegen die prekären Arbeitsbedingungen zu streiken – vier wurden erschossen –, und schon 1877 erzwang das eidgenössische Fabrikgesetz den 11-Stunden-Tag, eine erste Regulierung der Arbeitszeiten.

1912 besetzten Zehntausende in Zürich die Depots, 1918 streikten 250 000 im ganzen Land, drei bezahlten in Grenchen sogar mit dem Leben. Diese Bewegungen erwirkten unter anderem die 48-Stunden-Woche, bessere Löhne sowie die Unfall- und Krankenversicherung. Trotz Repression wurde stets weitergekämpft, und dies tun wir auch heute.

Rosa Bloch-Bollag rief: «Kein Sozialstaat ohne Gleichstellung!» Ihr Ruf gilt noch immer, denn Frauen verdienen heute in der Schweiz durchschnittlich 16 Prozent we-

niger als Männer. Während wir hier sprechen, schuften Pfleger:innen, Hebammen und Assistenzärzt:innen bis zu 60 Stunden pro Woche ohne Pausen und oftmals mit geringem Lohn. Sans-Papiers reinigen Hotelzimmer ohne Vertrag, und an Kassen, auf Baustellen und in Lagern werden Löhne gedrückt, dass sich die Balken biegen, und Arbeitszeiten werden nach Belieben gedehnt.

Wenn wir nun um uns herumblicken, kommt das Gefühl auf, wir sässen in einer Achterbahn, kurz vor der halsbrecherischen Abfahrt: Rechte Kräfte erstarken überall. Hetze, Hass und Naziparolen sind plötzlich wieder salonfähig. Der Hitlergruss von Elon Musk wird in den Medien verharmlosend als «aufsteigende Rakete» bezeichnet, und Figuren wie Trump und Putin scheinen freie Bahn für ihre neofaschistischen Ziele zu haben.

Allen diesen Machthungrigen ist eines gemeinsam: Sie wissen, dass Migrant:innen, queere Menschen und weitere Minderheiten eine besonders verletzte Gruppe darstellen, gegen die sie gezielt mobilisieren und Stimmung machen können. Denn leider trifft dies bei den Wählenden auf erschreckend viel Resonanz. Genau solche rechte Kräfte

behaupten, sie würden sich für die Rechte von Arbeiter:innen einsetzen. Schauen wir genauer hin, sehen wir, dass diese Kräfte Sozialabbau betreiben, der seinesgleichen sucht, dass sie gerade auch migrantische Arbeiter:innen ausbeuten und dem Kapitalismus huldigen.

Bob Dylan sagt in einem Song: You don't need a weatherman to know which way the wind blows. Zu Deutsch: Du brauchst keinen Wetterfrosch, um zu wissen, aus welcher Richtung der Wind weht. Und wie schon viele Arbeiter:innen und Linke vor uns sehen wir, in welcher gefährlichen Richtung der Wind fegt. Und wir wissen, dass wir einen guten und festen Stand brauchen, um dem entgegenzuhalten.

Darum fordern wir heute gemeinsam die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, eine lückenlose Bekämpfung der Lohndiskriminierung, die Regularisierung der Arbeitsbedingungen von Sans-Papiers, eine starke AHV, bezahlte Elternzeit und eine Gesundheitsversorgung ohne Profitlogik. Wir wehren uns gegen jegliche Form von Hass, Hetze und neofaschistischem Gedankengut. Kein Fussbreit dem Faschismus!

Deshalb: Lasst uns heute auf der Strasse laut sein, für unsere Rechte eintreten und uns zusammenschliessen.

Solidarität statt Hetze, gemeinsam stark!

AGENDA SP BASEL-STADT

- **Donnerstag, 22. Mai 2025, 19.30 – 22 Uhr**
Jahres-Delegiertenversammlung
(Statutarische Geschäfte)
Volkshaus Basel, 1. OG

- **Dienstag, 17. Juni 2025, 20 – 22 Uhr**
Delegiertenversammlung
(Parolen für September)
Davor Begrüssung der Neumitglieder, die sich in den vergangenen Monaten der SP angeschlossen haben

- **Samstag, 21. Juni 2025, ganztags**
Bildungstag und Sommerfest

Alle Termine, allfällige Anpassungen und weitere Informationen findest du jeweils in der Online-Agenda:
www.sp-bs.ch/veranstaltungen

Wir haben unsere neue Initiative für ganzheitliche Sexualkunde lanciert!

Anfang April haben wir unsere kantonale Initiative mit dem Namen «Für Aufklärung und Konsens – ganzheitliche und schamfreie Sexualkunde für alle» lanciert. Mit einer Aktion haben wir den Unterricht vor das Regierungsgebäude gebracht und damit aufgezeigt, dass Aufklärung und Bildung in der Verantwortung der Politik liegen.



Janine Oberli,
Co-Präsidentin JUSO
Baselland

Unsere Initiative fordert, dass der Sexualkundeunterricht an den Sekundarschulen künftig von geschulten Fachpersonen durchgeführt wird, die keinen Bezug zur Klasse haben. So entsteht ein geschützter Raum, in dem die Jugendlichen schamfrei Fragen stellen und offen über ihre Erfahrungen sprechen können.

Gefährlich lückenhafter Unterricht

Der heutige Sexualkundeunterricht lässt nämlich stark zu wünschen übrig. Oft findet er gar nicht statt oder beschränkt sich auf

biologische Fakten und patriarchal geprägte Inhalte. Dass der Sexualkundeunterricht lückenhaft ist, zeigen die alarmierenden Statistiken: Sexualisierte Gewalt nimmt stetig zu, und allein dieses Jahr wurden bereits 14 Feminizide verzeichnet. Auch queere Menschen sind immer häufiger Ziel von Hass und Gewalt, was massive Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit hat.

Fokus Konsens, Selbstbestimmung und Prävention

Mit unserer Initiative wollen wir das ändern. Konsens, sexuelle Selbstbestimmung und Täter:innenprävention müssen zentrale Themen im Unterricht sein. Jugendliche sollen früh lernen, eigene Grenzen zu setzen und die Grenzen anderer zu respektieren. Gleichzeitig müssen toxische Rollenbilder aufgebrochen werden. Ein weiterer Schwerpunkt soll auf der Vermittlung von romantischer,

geschlechtlicher und sexueller Vielfalt liegen. Nur so können Vorurteile abgebaut und Diskriminierung gegenüber queeren Menschen nachhaltig bekämpft werden.

Diese Initiative ist also ein Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der Respekt, Vielfalt und Gleichberechtigung gelebt werden. Unterstütze uns und die Initiative, indem du auf dem beiliegenden Unterschriftenbogen unterschreibst und deine Familie und Nachbar:innen dazu ermutigst, dasselbe zu tun.



Lancierungsaktion vor dem Regierungsgebäude in Liestal.

Gerechte Besteuerung hoher Einkommen für ein soziales Baselbiet

Die Schweiz bleibt vorne mit dabei: Das Durchschnittsvermögen in der Schweiz gehört global zu den höchsten. Und das Vermögen steigt auch weiterhin munter an – nur nicht bei allen gleich.



Tania Cucè,
Vizepräsidentin SP Baselland

Das reichste eine Prozent der Bevölkerung besass 1980 33 % des Vermögens. Im Jahr 2018 waren es schon ganze 42 %. Die Entwicklung im Baselbiet steht dem in nichts nach: Von 30 % (1980) hat sich der Anteil der Vermögen der Allerreichsten im Baselbiet auf 44 % (2018) erhöht. Und auch wenn die Wirtschaftselite immer wieder betont, dass diese Vermögen hart erarbeitet wurden, sagen die Zahlen etwas ganz anderes. Denn in der

Schweiz stellen Erbschaften einen bedeutenden Anteil des Vermögens reicher Haushalte dar. So sind 75 % der 300 reichsten Menschen in der Schweiz Erb:innen.

Zunehmende Vermögenskonzentration, schwindende Kaufkraft

Während diese Vermögenskonzentration bei den Reichsten stetig zunimmt, sieht sich der Rest der Bevölkerung mit wachsenden Kosten konfrontiert. Prämien, Mieten und Lebenshaltungskosten steigen kontinuierlich und die Kaufkraft der Bevölkerung gerät zunehmend unter Druck. Unser Fazit ist klar: Es braucht eine gerechte Besteuerung von Erbschaften, um für den Kanton weiteren finanziellen Handlungsspielraum für die Entlastung mittlerer und tieferer Einkommen zu ermöglichen.

Grundsatzbeschluss für eine kantonale Erbschaftssteuer-Initiative

Die Geschäftsdelegiertenversammlung der SP Baselland hat den Grundsatzbeschluss getroffen, eine Erbschaftssteuerinitiative zu lancieren. Neu sollen direkte Nachkommen beim Erben eine Steuer bezahlen müssen. Dabei soll mit einem angemessenen Freibetrag sichergestellt werden, dass die hohen Erbschaften belangt werden und nicht unnötigerweise die Mittelstandsfamilie belastet wird, die ein kleines Einfamilienhaus erbt. Auch soll darauf geachtet werden, dass KMUs, die von den Nachkommen weitergeführt werden, weiterbestehen können und eine passende Ausnahme bei solchen Unternehmensnachfolgen ermöglicht wird. Wir sind überzeugt, dass wir mit einer moderaten Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen einen wichtigen Schritt in Richtung eines sozialeren Baselbiets machen.



Tonis finanzieller Blindflug.

Das Baselbiet wird im finanziellen Blindflug regiert

Die kantonale Staatsrechnung fällt mit einem Gewinn von rund 157 Millionen Franken wesentlich besser aus als erwartet. Das ist zwar erfreulich – gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der Budgetprozess nicht angepasst werden muss. Denn aufgrund der falschen Annahmen wurden Abbaumassnahmen beschlossen. Diese müssen rückgängig gemacht oder gestoppt werden.



Adil Koller,
Fraktionspräsident SP

Vor dem Wahljahr 2023 präsentiert der Finanzdirektor ein ausgeglichenes Budget, das sieht tiptopp aus. Die Staatsrechnung 2023 eineinhalb Jahre später fällt dann aber deutlich schlechter aus und führt auch subito zu einem Abbaupaket («Finanzstrategie»). Bevor dieses aber wirklich wirkt, zeigt die neuste Rechnung schon wieder ein Plus: Auch das negative Budget 2024 hat sich als drastische Fehlprognose erwiesen. Der Kanton schliesst das vergangene Jahr um 217 Millionen Franken besser ab als erwartet. Im letzten Jahr sind die Steuereinnahmen deutlich höher ausgefallen als prognostiziert. Ausserdem stammen

zusätzliche Einnahmen aus bisher nicht abgegrenzten Immobiliengewinnsteuern.

Politische Steuerung durch Budgetierung?

Es kann durchaus die Frage gestellt werden, ob die Finanzdirektion den Budgetprozess als politisches Steuerungsinstrument verwendet. Schliesslich wurden mit Verweis auf das drohende Defizit eine Vielzahl von Abbaumassnahmen beschlossen. Insbesondere die Rolle der Steuerprognosen steht zur Diskussion. Derart grobe Fehleinschätzungen verfälschen die Diskussionsgrundlage im Landrat und bei Volksabstimmungen erheblich. Wirklich planen kann so niemand. Eine negative Prognose führt durch Mechanismen des Finanzhaushaltsgesetzes indirekt zu Kürzungen, welche gar nicht nötig wären.

Sinnvoll investieren statt Abbau betreiben

So zeigt sich nun in aller Deutlichkeit, dass es eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes

braucht. Es darf nicht sein, dass eine Fehlprognose bei der Budgetierung den gesetzlich verankerten Abbau mit dem Rasenmäher lostritt. Es steht für uns daher auch ausser Frage, dass die im vergangenen Herbst beschlossenen Abbaumassnahmen zumindest teilweise rückgängig gemacht werden müssen: Für das Kantonspersonal, auf das ein Grossteil des Abbaupakets zurückfällt, braucht es eine nachträgliche Kompensation des nicht gewährten Teuerungsausgleichs. Auch der Bildungsabbau und Massnahmen wie die Streichung der Wahlpflichtfächer auf der Sekundarstufe 1 und die Nichtfinanzierung der Wiederholungsprüfung der Passerelle müssen widerrufen werden. Zuletzt soll der Stelenausbau bei der Polizei in der ursprünglich beschlossenen Geschwindigkeit stattfinden.

Der unerwartete Gewinn muss dem Wohl der breiten Bevölkerung dienen und darf nicht bei erstbesten Gelegenheit für Steuererlassen an die Reichen verwendet werden. Bitter nötig ist die Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen durch umfangreiche Prämienverbilligungen. Dringender Handlungsbedarf besteht ebenso bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, die im Baselbiet für viele Eltern nicht bezahlbar ist.

Engagiere dich jetzt inhaltlich!

An der Geschäftsdelegiertenversammlung hat die SP Baselland beschlossen, Fachkommissionen zu schaffen. Diese neuen Gremien stehen allen Mitgliedern offen und bieten Raum, um politische Inhalte zu vertiefen, Positionen zu entwickeln und aktiv mit der Landratsfraktion zusammenzuarbeiten.

Engagement in der SP Baselland hat viele Gesichter. Mit grossem Einsatz tragen unsere Mitglieder dazu bei, unsere Politik sichtbar und wirksam zu machen: Sei es beim Verteilen von Flyern, beim Aufhängen von Plakaten, beim Sammeln von Unterschriften oder beim Organisieren und Durchführen von Anlässen. Auch die politische Arbeit in Gemeinde- und Einwohnerräten, Kommissionen und Behörden ist für das soziale Baselbiet unverzichtbar.

Neu gibt es für Mitglieder auch die Möglichkeit, sich an der inhaltlichen Arbeit der SP Baselland zu beteiligen. Zu diesem Zweck wurden sechs Fachkommissionen gebildet, die sich thematisch an den ständigen Kommissionen des Landrats orientieren. Gemeinsam mit Mitgliedern der Landratsfraktion können Basismitglieder hier über Themen wie Umwelt, Gesundheit oder Sicherheit diskutieren und Schwerpunkte setzen. Mit Resolutionen und Positionspapieren können die Fachkommissionen die Arbeit der SP Baselland nachhaltig prägen.

Auch die Vernehmlassungsantworten der SP Baselland – also die Rückmeldungen der Partei zu Vorhaben der Regierung – sollen künftig durch die Fachkommissionen erarbeitet werden. SP-Mitglieder erhalten dadurch die Chance, die Gesetzgebung in unserem Kanton ganz konkret zu beeinflussen und das Baselbiet mitzugestalten.

Gemeinsam aus dem Vollen schöpfen

In der SP Baselland steckt enorm viel Wissen und Erfahrung – aus Beruf, politischem Engagement und gesellschaftlichem Einsatz. Dieses Potenzial wollen wir nutzen. Zudem können Ideen und Perspektiven aus der Parteibasis über die Fachkommissionen schneller in die parlamentarische Arbeit einfließen. So stellen wir sicher, dass verschiedene Stimmen innerhalb der Partei Gehör finden.

Alle Mitglieder der SP Baselland sind aufgerufen, sich einzubringen, Teil einer Fachkommission zu werden und die Arbeit der SP Baselland so aktiv mitzugestalten.

DIESE FACHKOMMISSIONEN GIBT ES

Die SP Baselland hat die folgenden Fachkommissionen gebildet:

- Bau und Planung, geleitet von *Jan Kirchmayr*
- Bildung, Kultur und Sport, geleitet von *Miriam Locher*
- Finanzen, geleitet von *Ronja Jansen*
- Justiz und Sicherheit, geleitet von *Simone Abt*
- Umwelt und Energie, geleitet von *Thomas Noack*
- Volkswirtschaft und Gesundheit, geleitet von *Urs Roth*

Hier kannst du dich für die Mitarbeit in den Fachkommissionen anmelden:



<https://sp-bl.ch/fachkommissionen>

Solidarität statt Hetze: Der 1. Mai in Liestal



AUS DEM GROSSEN RAT

Weiterbildung fördern für mehr Psychotherapieplätze



Amina Trevisan,
Grossrätin, Mitglied der GSK

Wer heute psychisch erkrankt, braucht Geduld. Es fehlen ambulante Psychotherapieplätze, es gibt lange Wartezeiten und nicht alle haben Zugang zur psychiatrisch-psychologischen Versorgung. Besonders für Kinder, Jugendliche, Migrierte und Geflüchtete ist die Situation prekär.

Gesundheitspolitischer Meilenstein

Der Grosse Rat hat die Problematik erkannt und will die angespannte Situation entschärfen. Mit 53:36 Stimmen hat er eine SP-Motion an die Regierung überwiesen, die in Zusammenarbeit mit dem Verband der

Psychotherapeut:innen beider Basel entstanden ist. Der Kanton Basel-Stadt wird schweizweit als erster Kanton die Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen subventionieren. Das ist ein grosser gesundheitspolitischer Erfolg.

Psychotherapeutischen Nachwuchs fördern – um hohe Kosten abzuwenden

Künftig werden die psychotherapeutischen Weiterbildungen vom Kanton Basel-Stadt bis auf eine Semestergebühr von 850 CHF vollständig finanziert. Heute kostet die Weiterbildung rund 60 000 CHF. Einen solch hohen Betrag können nicht viele aus Erspartem für eine Weiterbildung aufbringen. Gleichzeitig sind immer weniger Uniabsolvent:innen bereit, Kredite oder Darlehen aufzunehmen, und mit entsprechenden Schulden ins Berufsleben zu starten. So verzichten viele auf eine Psychotherapie-Weiterbildung. Auf lange Sicht führt dies zu einem deutlichen

Mangel an psychotherapeutischem Nachwuchs. Fehlende Behandlungsmöglichkeiten von psychischen Erkrankungen verursachen hohe Kosten für Gesellschaft und Wirtschaft.

Mehr Diversität unter Therapeut:innen

Zudem darf die psychotherapeutische Weiterbildung nicht nur für Privilegierte möglich sein. Soziale Diversität ist wichtig: Je unterschiedlicher die Biografien sowie die Herkunft der Therapeut:innen sind, desto näher ist das Therapieangebot an den heterogenen Lebensrealitäten. Angesichts fehlender Psychotherapieplätze müssen wir zwingend dafür sorgen, den Beruf der psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen attraktiver zu gestalten. Die Subventionierung der Weiterbildung ist ein Teil davon. Wir freuen uns sehr über diesen Erfolg und hoffen, dass er schweizweit wegweisend sein wird!

AUS DEM LANDRAT

Der Landrat möchte Notschlafstellen im Kanton Baselland

Ein erstes Postulat zum Aufbau einer Notschlafstelle hat die SP-Fraktion bereits im Jahr 2020 eingereicht, weitere mit teilweise anderer Gewichtung folgten. Die Situation hat sich im Winter 2023/24 verschärft, als die Baselstädter Notschlafstelle für Frauen aus dem Kanton Baselland nicht mehr zugänglich war, vorübergehend auch jene für Männer nicht.



Pascale Meschberger,
Landrätin

Der Landrat hat die Postulate jeweils im Wissen überwiesen, dass die Fürsorge für wohnungs- und obdachlose Menschen gesetzlich eine Aufgabe der Gemeinden ist. Der nun vorliegende Bericht des Regierungsrates gewährt eine gute Übersicht über die aktuelle Situation im Kanton, soweit diese beurteilt werden kann. Was der Bericht leider ausser Acht lässt, ist die Beantwortung der Fragen, wo die Führung einer Baselbieter Notschlafstelle sinnvoll und machbar wäre und wie die gesetzlichen Regelungen angepasst werden müssten, um das Angebot kantonal führen und mögliche Standortgemeinden entschädigen zu können.

Denn das Risiko einer zusätzlichen Belastung durch einen Anstieg der Anzahl Menschen, die Sozialhilfe benötigen, machen einen Standort im bürgerlichen Kanton Baselland politisch unattraktiv. Der SP ist das Anliegen so wichtig, dass bereits eine interkommunale Arbeitsgruppe zur Lancierung eines Pilotprojektes gebildet worden ist. Deren Arbeit wird nun hoffentlich durch die

überraschende Nichtabschreibung von zwei der Postulate durch den Landrat erleichtert.

Im Pilotprojekt vorgesehen ist nicht einfach eine klassische Notschlafstelle, sondern ein Ort, wo Betroffene von einer Nacht bis zu drei Monaten wohnen können, wo sozialarbeiterische Unterstützung gewährt werden soll. Dies mit dem Ziel, die Menschen in der Bemühung, ein eigenes Dach über dem Kopf zu finden, zu unterstützen.

Eine weitere Aufgabe müsste wohl die gesamte Nordwestschweiz gemeinsam in Angriff nehmen: Eine Unterkunft für Kinder und Jugendliche tut ebenfalls Not. Als Vorbild könnte das Schlupfhuus in Bern genannt werden. Ob der Landrat nach erneuter Antwort der Regierung bereit sein wird, eine Notschlafstelle auch finanziell zu unterstützen, bleibt ungewiss.

Armut ist im Kanton Baselland häufig unsichtbar – aber die Obdachlosigkeit wird offensichtlicher. Für die sozialdemokratische Politik gibt es noch viel zu tun.